Globales Handelssystem und Handelsregime : WTO - taktische und strategische Herausforderungen

Autor(en): **Keet, Dot**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652099

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dot Keet

Globales Handelssystem und Handelsregime

WTO – Taktische und strategische Herausforderungen*

Wenn wir das herrschende globale Handelssystem verstehen wollen, dann geht es nicht nur um Fragen des Handels, sondern um umfassendere Dimensionen der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen. Es geht auch um bilaterale und multilaterale Abkommen, die diese Beziehungen regeln, sowie ein sich ständig erweiterndes System globaler Regulierungen. Letztere wiederum finden ihren Ausdruck in einer Reihe von legalen Instrumenten und Institutionen, in erster Linie der Welthandelsorganisation (WTO). So sind wir gleichzeitig mit einem komplexen internationalen *Handelssystem,* mit weitreichenden wirtschaftlichen Beziehungen und einem globalen *Handelsregime* als Regelsystem konfrontiert. Das herrschende globale Handelsregime basiert angeblich:
– auf dem Vorrang des Handels mit Waren und Dienstleistungen als treibender Kraft der neuen „globalen Wirtschaft" und wichtigstem Motor des weltweiten Wirtschaftswachstums;
– auf der fortschreitenden „Liberalisierung" des Handels, die durch die Beseitigung „verzerrender" Zoll- und anderer Handelsschranken weltweit für alle gleiche Bedingungen schaffen soll;
– und schliesslich darauf, dass die Vorteile der riesigen Ausdehnung des „Freihandels" schliesslich allen Ländern zugute kommen und zu allen Menschen „hinuntersickern" soll.

Diesen zentralen Grundsätzen des neoliberalen Paradigmas und der WTO widersprechen aber die beobachtbaren und bezifferbaren Auswirkungen des „globalen Handelssystems" und dessen Funktionieren in der Wirklichkeit. Die grundsätzlichsten Schwächen und Fehler des herrschenden globalen Handelssystems mit seinen Beziehungen und seinen institutionalisierten, politischen Regeln können in *drei* Punkten zusammengefasst werden.

Expansion des Welthandels: die ungleichen Auswirkungen

Obwohl der Welthandel seit Beendigung der Uruguay-Handelsgespräche 1994 insgesamt um 29 Prozent zugenommen hat, haben davon überwiegend die reichsten Volkswirtschaften und stärksten Unternehmen profitiert. Schwächere Volkswirtschaften und ärmere Länder haben sowohl absolut wie relativ gesehen enorme Verluste zu verzeichnen. Obwohl ein paar Schwellenländer ihre Stellung im Welthandel verbessert haben, hat sich der Anteil der überwiegenden Mehrheit der Entwicklungsländer von beinahe 50 auf 44

Prozent reduziert. Lateinamerikas Anteil hat sich dabei von 11 auf 5 Prozent mehr als halbiert; Afrika ist von 8 auf 2 Prozent zurückgefallen, während die 49 ärmsten Länder der Welt (Least Developed Countries – LDC) gegenwärtig noch auf einen Anteil von 0,4 Prozent am Welthandel kommen.[1]

Dieser Rückgang wird immer wieder wirtschaftlichen und institutionellen Schwächen sowie politischen Fehlern in den betroffenen Ländern zugeschrieben. Darin mag ein Körnchen Wahrheit stecken, aber diese Faktoren müssen ihrerseits im Rahmen der Weltwirtschaft und der Rolle dieser Volkswirtschaften in der internationalen Arbeitsteilung analysiert werden. Die einseitige Abhängigkeit der meisten Entwicklungsländer von einer begrenzten Anzahl landwirtschaftlicher und mineralischer Rohstoffe für den Export ist nicht nur Erbe übernommener kolonialer und neokolonialer Strukturen. Sie wird unter anderem auch durch die von der Weltbank vertretene exportorientierte Wirtschaftspolitik gefördert, die auf den angeblichen „Konkurrenzvorteilen" dieser Volkswirtschaften (mit ihrer Konzentrierung auf die bereits bestehende Warenproduktion) setzt. Wenn nun diese Länder versuchen, ihre Landwirtschaftsprodukte oder Rohstoffe zu verarbeiten und zu veredeln und auch nur rudimentäre industrielle Sektoren aufzubauen, wird dies durch die reichsten Länder mit Zöllen und nichttarifären Handelsschranken gezielt verhindert.

Diese Praktiken widerspiegeln die ungleichen Austauschbedingungen (*terms of trade*) zwischen den hochindustrialisierten Volkswirtschaften und den schwach oder gar nicht industrialisierten Ländern sowie deren zunehmende Verschlechterung zulasten letzterer; etwa hinsichtlich der Kosten von High-Tech-Dienstleistungen und verarbeiteten Importen aus dem Norden und den Erlösen von Rohwaren-Exporten aus dem Süden. Die sich vergrössernde Kluft zwischen Preisen für Rohstoffe (ausgenommen Erdöl) und Fertigprodukte zwischen 1979 und 1994 verursachte eine *Verschlechterung der terms of trade* von 52 Prozent zuungunsten der Entwicklungsländer und führte für sie zu einem geschätzten Verlust von durchschnittlich 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr.[2] Dieser Trend verstärkte sich zwischen 1994 und 1999 durch den abnehmenden Anteil des landwirtschaftlichen Handels auf bloss noch 12 Prozent des weltweiten Warenhandels, verglichen mit 77 Prozent an Fertigprodukten. Er widerspiegelt sich auch im grossen Zuwachs des Handels mit Dienstleistungen. In den 1990er Jahren erreichte letzterer einen Anteil von 20 Prozent am Welthandel, mit einem Wert von 1,35 Milliarden US-Dollar pro Jahr – zunehmend dominiert von den Industrieländern, wo Dienstleistungen inzwischen bis zu 70 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) ausmachen.[3]

So sind die eingeschränkten Möglichkeiten und die rückläufigen Erlöse aus dem internationalen Handel für die Entwicklungsländer nicht nur Folge interner Faktoren ihrer Volkswirtschaften und Gesellschaften, sondern ebenso gezielter wirtschaftspolitischer Entscheide und bedeutsamer technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen in den führenden Industriestaaten. Aber die Abhängigkeit und Krisenanfälligkeit von Entwicklungsländern gegenüber solchen externen Faktoren wird durch die extreme

Bedeutung des Aussenhandels für die meisten dieser Länder verschärft. Dessen Anteil am Bruttosozialprodukt in Afrika südlich der Sahara nahm zwischen 1989 und 2000 von 38 auf 43 Prozent zu. Zum Teil sicher deshalb, weil die einheimische industrielle Produktion im gleichen Zeitraum im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung zurückging. Für die LDC macht der Aussenhandel mittlerweile 50 Prozent des BSP aus.[4]

Das Hauptproblem vieler dieser Länder besteht darin, dass der Handelssektor ihrer Volkswirtschaften produktemässig beschränkt und überproportional nach aussen orientiert, nur sehr begrenzt mit der einheimischen Binnenwirtschaft verknüpft ist. Dennoch werden diese Länder durch die Regierungen der reichsten Länder, den IWF, die Weltbank und andere Verfechter der neoliberalen Politik regelmässig beschuldigt, sich ungenügend in die Weltwirtschaft „integrieren" zu lassen.

Im Gegensatz dazu beträgt der Anteil des Handels am BSP in den OECD-Ländern nur noch 20 Prozent.[5] Sie sind angeblich gut in die Weltwirtschaft „integriert", obwohl sie gegenüber Importen aus den Entwicklungsländern protektionistische Zoll- und Handelsschranken aufrechterhalten. Gleichwohl sind es die Regierungen des Nordens, Unternehmensvereinigungen und ihre neoliberalen Think Tanks sowie die Medien, die am heftigsten die zentrale Bedeutung des Handels und eines „offenen, integrierten, weltweiten Freihandelssystems" verfechten. Dieses wird auch durch die von ihnen beherrschten Institutionen wie den IWF und die Weltbank, vor allem aber die WTO propagiert. Damit stellen sich wichtige Fragen zum gegenwärtigen Zweck und zur künftigen Rolle dieser Institutionen. Ebenso müssen die dem „Freihandel" zugrundeliegenden Motiven und Interessen, die wirtschaftliche Bedeutung von Handel innerhalb der Industrieländer sowie die politische und ideologische Instrumentalisierung von „Handel" geklärt werden.

Wirtschaftliche, politische und ideologische Rolle des „Handels"

Obwohl der Anteil des Aussenhandels am Bruttosozialprodukt abnimmt, stellt er weiterhin eine wichtige Grundlage und ein Ventil für die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen der hochindustrialisierten Länder dar, insbesondere da das exponentielle Wachstum ihrer Produktion selbst die überbordende Konsumtion in diesen Ländern übersteigt. Hier liegt der Grund für die von Eigeninteresse bestimmte Forderung, dass alle Länder der Welt ihre Märkte fremden Importen öffnen sollten. Eine Forderung, die immer in einer Weise vorgebracht wird, als läge eine solche Massnahme im „Eigeninteresse" der betroffenen Länder.

Für die wichtigsten transnationalen Unternehmen ersetzt jedoch die globalisierte Produktion zunehmend den internationalen Handel. Laut der UNCTAD hat die globalisierte Produktion „Exporte als die wichtigste Form zur Bedienung fremder Märkte abgelöst".[6] Tatsächlich hat seit 1987 der Zuwachs des Verkaufs von Waren und Dienstleistungen durch Zweigfirmen oder Tochtergesellschaften im Ausland den Export von Waren oder Dienstleistungen durch die Mutterfirmen um einen Faktor von 1,2 bis 1,3 übertroffen.

Dieser weltweite Verkauf von Waren und Dienstleistungen, die durch die im Ausland angesiedelte Tochterunternehmen der transnationalen Unternehmen der Industrieländer hergestellt werden, macht gegenwärtig mehr als 7 Billionen US-Dollar pro Jahr aus. Dies zeigt, dass nicht ungehinderter Handel, sondern die Bedingungen für *unbeschränkte Investitionen und Produktionsmöglichkeiten im Ausland* mittlerweile wichtigster Beweggrund und Handlungsanleitung der transnationalen Unternehmen sind.

Alle Länder brauchen in bestimmtem Ausmass Aussenhandel, und die UNCTAD weist darauf hin, dass für Entwicklungsländer „Exporte weiterhin die wichtigste Möglichkeit sind, fremden Märkten Waren und Dienstleistungen anzubieten«.[7] Der grösste Nutzen der „Handelspolitik" im Rahmen von Handelsorganisationen wie die WTO besteht nun aber darin, transnationalen Unternehmen über ihre Regierungen zu ermöglichen, der ganzen Welt eine Reihe von mit dem Handel verflochtenen Abkommen und Verpflichtungen aufzuzwingen. Die Regierungen und Unternehmen der Industrieländer verfolgen mit den internationale Handelsbeziehungen und Verhandlungen wichtige wirtschaftliche Ziele. Sie sind aber auch ein wirksames Instrument, um alle Regierungen unter Druck zu setzen, ihre Märkte zu öffnen und ihre Volkswirtschaften so zu restrukturieren, wie es den Interessen der internationalen Investoren und Produzenten entspricht.[8] In den 1980er Jahren wurden folglich insbesondere der Investitions-, Finanz- sowie Dienstleistungsbereich umfassend liberalisiert.

Das führte zu bahnbrechenden und weitreichenden Vereinbarungen bei den Uruguay-Verhandlungen, etwa dem Abkommen über handelsbezogene Investitionsmassnahmen (Trade Related Investment Measures – TRIMs) oder dem Allgemeinen Abkommen über den Dienstleistungsverkehr (General Agreement on Trade in Services – GATS). Die Androhung von Handelssanktionen, die von der WTO bei einem Bruch dieser und anderer Vereinbarungen ausgesprochen werden können, dient jetzt als wirksames Disziplinierungsinstrument gegenüber der Wirtschaftspolitik aller Regierungen. Kontrolle wird aber auch durch die ideologische Hegemonie des neoliberalen Paradigmas gefördert.[9] Auslandsinvestitionen können unbestreitbar auch positive Seiten haben. Gleichwohl sind es ideologische Projektionen und eine fatale Plausibilität des sogenannten „Freihandels" sowie die angebliche Alternativlosigkeit, die die Realitäten des gegenwärtigen globalen Systems wirtschaftlicher Institutionen und Beziehungen am wirksamsten verschleiern.

Die Wirklichkeit des Freihandelssystems

Trotz der neoliberalen Propaganda, ein „freies" Welthandelssystem zu schaffen, gibt es in Wirklichkeit kaum „Freihandel" in der Welt. Natürlich wird viel grenzüberschreitender Handel betrieben. Insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika passiert dies informell, meistens von Frauen getragen, jenseits der politischen Kontrolle von Regierungen, geschweige denn der WTO. Aber obwohl nicht registriert, nicht bewilligt und weitge-

hend nicht kontrolliert, ist selbst dieser *informelle, direkte Handel* keineswegs „frei", denn die informellen Händlerinnen und Händler können jederzeit „informell" von Einwanderungs-, Sicherheits- und Zollbehörden sowie andern Kontrollorganen schikaniert werden.

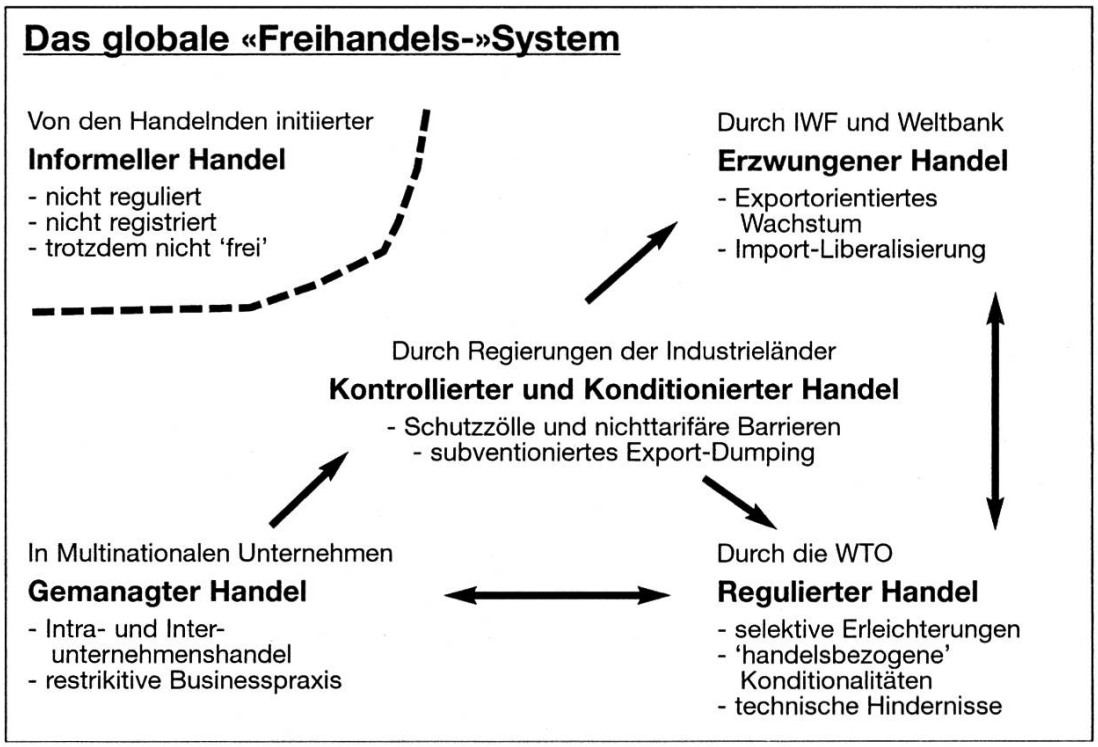
Der Aussenhandel von Drittwelt-Ländern muss – angesichts der Strukturanpassungsprogramme (SAP) – als ein weitgehend durch *IWF/Weltbank erzwungenen Handel* bezeichnet werden. Diese Länder sind genötigt worden, ihren Aussenhandel zu liberalisieren, und zwar durch das Diktat dieser Finanzinstitutionen, die in ihrem neoliberalen Denken davon ausgehen, dass Importe den notwendigen „wettbewerbsmässigen Anreiz" liefern werden, um die „Effizienz" der einheimischen Produktion zu steigern. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus; inzwischen sind die Zerstörung lokaler Industrien, der Rückgang der Arbeitsquote, erhöhte Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut in diesen Ländern deutlich sichtbar. Auch hat sich der Druck zugunsten des „exportorientierten" Wachstums mit der Favorisierung erhöhter Produktion von landwirtschaftlichen Gütern für den Export negativ auf die Nahrungsmittelproduktion und die nationale, lokale und familiäre Versorgung ausgewirkt. Er hat zudem aktiv zum Rückgang der internationalen Rohstoffpreise und damit zur Verschlechterung der terms of trade beigetragen, und zwar durch die „Marktkonkurrenz" zwischen den Exporteuren gleicher Waren aus dem Süden auf den Märkten des reichen Nordens – zu deren Gunsten.

In den letzten fünfzig Jahren sind die Zölle auf den wichtigsten Fertigprodukten, die zwischen den Industrieländern gehandelt werden, bedeutend gesenkt worden: von durchschnittlich 40 auf 4 Prozent. Aber das trifft nicht durchgängig und nicht bedingungslos zu. In der Realität muss der „freie" Handel der Industrieländer weiterhin als durch die Regierungen *gestützer, kontrollierter und von deren jeweiligen Interessen geleiteter Handel* bezeichnet werden. Er wird durch eine Reihe direkter und indirekter Subventionen sowie andere finanzielle, wirtschaftliche, politische und zuweilen sogar militärische Mittel unterstützt. Der „freie" Handel ist kontrolliert, weil es immer noch Zollschranken sowie zunehmend nichttarifäre Handelshemmnisse für den Zugang zu den Märkten der Industrieländer gibt. Er wird von Interessen bestimmt, weil die wirtschaftliche „Liberalisierung" sorgfältig auf die nationalen Bedürfnisse der Wirtschaften des Nordens und ihrer Oligarchien sowie auf deren spezifischen Erfordernisse abgestimmt wird. Die mächtigeren Regierungen sind sehr wählerisch hinsichtlich Geschwindigkeit und Richtung der Liberalisierung ihrer eigenen Märkte. Und wenn sie es als notwendig erachten, dann sind sie überaus protektionistisch, insbesondere was den Austausch und den Gebrauch von Wissenschaft und Technologie betrifft, die sich *ausserhalb* der Kontrolle ihrer Unternehmen und Wirtschaften befinden. Dazu benötigen sie das WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Trade Related Intellectual Property System – TRIPS). Der Protektionismus spielt insbesondere beim Import konkurrenzfähiger Produkte – oder von Arbeitskräften – aus der Dritten Welt *in* ihre Länder. Diese Praktiken werden

zusehends öffentlich bekannt und von fortschrittlichen Organisationen selbst in den reichen Ländern kritisiert.

Allerdings hat das Weltwirtschaftssystem eine weitere bedeutsame, kaum bekannte Dimension. Die UNCTAD hat 1995 geschätzt, dass sich gut zwei Drittel des internationalen Verkehrs von Waren und Dienstleistungen in Wirklichkeit zwischen und innerhalb transnationaler Unternehmen vollziehen, jenseits der „konkurrenzmässig offenen", von der WTO definierten Handelsparameter der neuen „globalen" Wirtschaft. Es ist schwierig, diesen *innerhalb von Unternehmen abgewickelten und kontrollierten Handel* in seinem Ausmass und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen einzuschätzen, weil die internationale Verlagerung von Halbfertigprodukten, die Versorgung mit Dienstleistungen, Technologie und Finanzen innerhalb von Unternehmen sich unter dem Deckmantel des „Geschäftsgeheimnisses" vollzieht. Gegen die Untersuchung und Kontrolle von „einschränkenden Geschäftspraktiken" wie die Abwälzung von Kosten, Preisabsprachen und anderen Missbräuchen sowie möglichen illegalen und kriminellen Machenschaften wird von den transnationalen Unternehmen und ihren „einheimischen" Regierungen heftiger Widerstand geleistet. Die Forderungen nach Offenheit, Offenlegung und Zugänglichkeit stossen bei den Institutionen der „offenen" und „freien" Weltwirtschaft auf taube Ohren.

Schliesslich: Fortschrittliche Beobachter und Aktivisten kritisieren die „Anarchie", die Ungleichheiten und die Ungerechtigkeiten, die durch die umfangreichen „Deregulierungen" verursacht werden, welche die sich formierende Weltwirtschaft, insbesondere den Finanzsektor, auszeichnen. Präziser wäre es, das Welthandelssystem als ein – unter der Kontrolle der WTO – *institutionell geregeltes und manipuliertes Regime* zu begreifen.



Unter dem neoliberalen Paradigma in den letzten zwei Jahrzehnten wurde das komplexe System von volkswirtschaftlichen Regulierungsmöglichkeiten, Kontrollen und direkten Eingriffen des Staates ideologisch diskreditiert und realpolitisch eingeschränkt. Im Süden waren gerade diese Mechanismen während der langen Jahre keynesianischer Politik und den „Jahrzehnten der Enwicklung" in den 1960er und 1970er Jahren aufgebaut worden. Jetzt werden diese Möglichkeiten der Regierungen im Süden durch neue internationale Regulierungsformen im Dienste der „globalen Wirtschaft" stark eingeschränkt, während die strategischen Möglichkeiten der Regierungen in den Industrieländern bei diskreterem Mitteleinsatz gezielt aufrechterhalten werden. Diese neuen neoliberalen Regulierungen werden von den Mächtigen – den multinationalen Unternehmen und den Regierungen des Nordens – manipuliert, insbesondere durch das interessenorientierte und ungerechte „Konfliktlösungssystem" innerhalb der WTO.

Zudem werden durch diese WTO-Instrumente Analysen und Eingriffsmöglichkeiten anderer internationaler Institutionen, vor allem UN-Agenturen, die immer noch „Entwicklungs-"Ansätze vertreten, im vorneherein blockiert. Das gleiche gilt für eine grosse Zahl internationaler Abkommen, Vereinbarungen und Verträgen zu Fragen der Menschenrechte, des Sozialen, der Arbeit und der Umwelt.

Taktische Vorschläge und strategische Alternativen

Fortschrittliche Kritiker und Aktivisten in nationalen und internationalen Bewegungen, die sich für eine „andere Welt" einsetzen, sind angesichts dieses widersprüchlichen Regimes und ungleichgewichtigen Welthandelssystems mit wichtigen taktischen Herausforderungen beim Verfolgen ihrer strategischen Ziele konfrontiert. Die unmittelbaren politischen und ideologischen Herausforderungen bestehen darin, die wirtschaftlichen Interessen und Motive, die dem neoliberalen „Handels"paradigma zugrundeliegen, transparent zu machen und die Realität hinter der Rhetorik sichtbar zu machen; und zwar in einer Weise, in der man sich sowohl mit unmittelbaren Problemen auseinandersetzt als auch wirkliche Alternativen aufzeigt.

Es ist jedoch auch notwendig, die Forderungen und Vorschläge „von unten", der durch das gegenwärtige System Benachteiligten – das heißt der Bevölkerungen und sogar einiger Regierungen in den Entwicklungsländern – bekannt zu machen und zu analysieren. Und dies in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften in den reichen Ländern, die sich mit der internationalen sozialen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung identifizieren. Es ist notwendig, aktuelle Vorschläge auf ihren unmittelbaren taktischen Nutzen und ihre Rolle bei der Erarbeitung strategischer Alternativen zu befragen.

Die neoliberale Auffassung, der Freihandel sei treibende Kraft und Motor von „Wachstum", muss durch die Erkenntnis ersetzt werden, dass nicht Handel, sondern Produktion im Mittelpunkt zu stehen hat. Das hiesse eine grundsätzliche Änderung des Verständnisses und des Ansatzes selbst in unseren eigenen Reihen, da manche sich auf das Hauptziel beschränken,

„gerechten Handel" fördern zu wollen. Ein effizienter Handel setzt zuerst einmal Produktionskapazitäten voraus (obwohl er seinerseits solche Kapazitäten verstärken kann). Dabei ist die einheimische wirtschaftliche Entwicklung und Diversifizierung der Produktion grundlegend, besonders in schwächeren Volkswirtschaften. Auch für Unternehmen in den hochentwickelten Industrieländern sind Investitionen in auswärtige Produktion – stärker als der internationale Handel – das wichtigste Mittel zur Markteroberung. Vor allem aber muss generell über „Handel" nachgedacht werden: als Mittel zur Befriedigung von wirtschaftlichen Bedürfnissen und zur Förderung einer sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Politik. Diese *grundlegenden Bedürfnisse* der Bevölkerung müssen direkt unterstützt werden.

Ein „verbesserter Marktzugang" durch den Abbau von Zoll- und andern Handelsschranken in den reichsten Ländern könnte die Handelseinnahmen schwächerer Volkswirtschaften erhöhen – laut der UNCTAD um 700 Milliarden US-Dollar pro Jahr – und so eine wirksame mittelfristige Massnahme zu deren Stärkung bedeuten.[10] Diese Forderung wird gemeinsam von Regierungen aus Entwicklungsländern und fortschrittlichen NGO im Norden erhoben. Sie mag gut gemeint, unmittelbar sogar notwendig sein und eine Verbesserung mit sich bringen. Aber ein besserer Marktzugang allein ist ungenügend, wenn nicht gleichzeitig wirtschaftliche, infrastrukturelle und Ausbildungsprogramme innerhalb dieser Volkswirtschaften durchgeführt werden, um deren beschränkten „Angebotskapazitäten" zu erhöhen. Ein ausgeweiteter Aussenhandel könnte sonst einfach die bestehenden Abhängigkeiten von aktuellen Exportgütern, von vorhandenen Märkten sowie die extreme Anfälligkeit bei externen Krisen noch verstärken.

Die *Alternative* heisst nicht wirtschaftliche Autarkie, sondern die Umwandlung von nach aussen orientierten „Handelsökonomien" in national und regional integrierte sowie effiziente Produktionswirtschaften. Das bedeutet letztlich eine Reduktion des Aussenhandels und/oder eine breitere Auswahl an möglichen Exportprodukten und Exportmärkten. Solche nationalen und regionalen Umwandlungsstrategien sind nur möglich, wenn Regierungen, Gemeinwesen und andere verantwortliche Stellen zusammenarbeiten. Sie können nicht von den selbsternannten und im eigenen Interesse handelnden Unternehmen, seien sie nun national oder international, erwartet werden.

Das andauernde Beharren auf der Effizienz von „Marktkräften" ist Propaganda im Interesse der Privatwirtschaft und muss von allen fortschrittlichen Kräften ausdrücklich in Frage gestellt werden. Die neoliberale Verherrlichung des Marktes ignoriert die Folgen wie Ineffizienz und Verschwendung, Umweltschäden und soziale Kosten von Marktprozessen und unterschlägt damit die Misserfolge „des Marktes". Zudem ignoriert sie die Tatsache, dass in den Industrie- und Schwellenländern historisch wie gegenwärtig das Wachstum der Volkswirtschaft und privater Unternehmen gezielte staatliche Unterstützung, juristische Absicherung und strategische Interventionen braucht. Notwendig ist heute die Anerkennung des Rechts auf einen eigenen politischen Spielraum sowie auf politische Mittel für weniger entwickelte Länder, um Zollmassnahmen, Produktions-, Transport- und Ex-

portsubventionen und andere Instrumente einsetzen zu können. Das setzt grundlegende Änderungen voraus, nicht nur der nationalen Politiken, sondern der gegenwärtigen internationalen Regulierungen, vor allem der WTO, die solche Entwicklungspolitiken einschränken oder gar verhindern.

Eine immer häufiger vorgebrachte Forderung von Regierungen der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sowie vieler NGO ist die Änderung oder zumindest eine grössere Flexibilität von WTO-Vereinbarungen, insbesondere die volle Anerkennung und den Ausbau der gegenwärtig schwachen „besonderen und bevorzugten Behandlung" (special and differential terms, SDT) für die LDC. Ländern eine bestimmte Übergangsphase und einen politischen Raum zuzugestehen, um auf ihre länderspezifischen Anforderungen bezogene Programme durchzuführen – das könnte vorübergehend eine sinnvolle taktische Position sein. Die zusätzlichen taktischen Vorteile der „besonderen und bevorzugten Behandlung" bestehen darin, dass sie, falls sie als Prinzip kodifiziert und nicht einfach als vorübergehende Konzession gewährt werden, den Anstoss geben könnten, die gegenwärtigen ste-reotypen internationalen Regulierungen, die allen Ländern übergestülpt werden, zu untergraben. Allerdings können solche allmählichen Veränderungen innerhalb bestehender Vereinbarungen die Ausarbeitung und Umsetzung grundsätzlich alternativer Modelle und Politiken nicht ersetzen.

Um solche Veränderungen der WTO-Regulierungen und des herrschenden Paradigmas auch nur einleiten zu können, braucht es radikale Veränderungen der Struktur und des Funktionierens dieser Institution. Reformen innerhalb der WTO, die ihre Entscheidungsprozesse offener, zugänglicher, breiter abgestützt und demokratischer gestalten würden, werden von staatlichen und nichtstaatlichen Kritikern seit längerem gefordert. Einige gehen noch weiter und stellen das System der WTO in Frage, indem sie die Annullierung unangemessener „auf den Handel bezogener" Vereinbarungen der WTO, ja sogar den ausdrücklichen Ausschluss bestimmter Bereiche und Ebenen wirtschaftlicher Aktivitäten und Entscheide über globale Ressourcen aus dem Zuständigkeitsbereich der WTO verlangen.[11] Andere Vorschläge wie die Reduzierung oder die Abschaffung der Sanktionsmacht der WTO gehen in Richtung einer radikaleren Reform und einer Begrenzung des Zuständigkeitsbereichs der WTO. Die grundsätzlichste Herausforderung besteht allerdings darin, die Rolle und die Verortung – ja sogar das Weiterbestehen – der WTO neu zu definieren und zwar in einem alternativen System internationaler Institutionen und Organen mit globalen Konventionen und universellen Verpflichtungen als übergreifenden Rahmen für die weltweiten menschlichen Aktivitäten.

Schlussfolgerung

Es wird allerdings keines der oben genannten strategischen Ziele verwirklicht, noch werden vorübergehende taktische Fortschritte erzielt, wenn sich die Beziehungen und das globale Machtverhältnis zwischen Regierungen untereinander, und vor allem zwischen Regierungen und Unternehmen auf

der einen sowie Bürgerinnen und Bürgern auf der andern Seite nicht grundsätzlich ändern.

Die gegenwärtig herrschende Weltordnung gründet auf der offenkundigen und skrupellosen Ausübung wirtschaftlicher, politischer, ideologischer und militärischer Macht der stärksten Staaten im wirtschaftlichen und strategischen Interesse ihrer eigenen Volkswirtschaften. Internationale Institutionen und insbesondere die WTO basieren ganz klar nicht auf „Regeln", wie immer behauptet wird, sondern auf „Macht", wie sich deutlich an ihrem Funktionieren und ihren Resultaten zeigt.

Dieses auf Macht gegründete Handelssystem kann nur durch Aufklärungsarbeit, Mobilisierung und Aktionen von Sozialbewegungen auf der ganzen Welt verändert werden. Nur eine grundlegende Änderung im globalen Machtverhältnis kann das Verhalten von Regierungen und Institutionen verändern. Und nur so kann das strategische Ziel erreicht werden – die Schaffung einer „anderen Welt".

* Vortrag gehalten im Namen des *Africa Trade Network* an der „Konferenz über internationalen Handel" am Weltsozialforum, Porto Alegre / Brasilien vom 31. Januar bis 5. Februar 2002. Übersetzt von Stefan Howald.

Anmerkungen

1 Siehe WTO: Annual Trade Report 2000.
2 UNCTAD: Economic Development in Africa. September 2001. Hier wird errechnet, dass bei gleichbleibenden terms of trade seit 1980 Afrikas Anteil am Welthandel doppelt so hoch wie heute und das Einkommensniveau auf dem Kontinent um 50 Prozent gestiegen ist.
3 Siehe WTO, LDC's Sub-committee, 20.4.2001.
4 Siehe Anmerkung 2.
5 Weltbank: World Development Report 2000.
6 UNCTAD: World Investment Report 1997.
7 Ebd.
8 Obwohl die internationale Verschuldung in den am höchsten verschuldeten Ländern, etwa in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, diesen Zweck lange erfüllt hat, konnte sie erst in den späten 1990er Jahren durch den IWF und die ihn kontrollierenden Kräfte als Waffe gegen die asiatischen Volkswirtschaften eingesetzt werden.
9 Vgl. Christoph Scherrer, 1999: Freihandel als hegemoniales Projekt. In: Widerspruch Heft 38, 2. Auflage, Zürich
10 Auch die gleichzeitige Streichung von direkten und indirekten Subventionen für Produktion und Export in den reichsten Ländern würde den Schaden reduzieren, den diese Exporte für schwächere Exporteure anderswo bewirken.
Samin Amir hat in Porto Alegre darauf hingewiesen, dass die industrielle Nahrungsmittelproduktion im Norden und deren Export in den Süden die Existenz von drei Milliarden Menschen in Kleinbauernfamilien bedroht. Die durch Subventionen verbilligten Exporte aus dem Norden drängen letztere zunehmend aus den nationalen und regionalen Märkten. Arbeitslosigkeit, Migration und zunehmende Verelendung eines Drittels der Weltbevölkerung werden die Folge sein. (Anm. d. Red.)
11 Etwa die Einführung eines Investorschutzabkommens im Rahmen einer neuen Verhandlungsrunde nach Doha, womit das vor vier Jahren am weltweiten Widerstand gescheiterte Multilaterale Abkommen über Investitionen MAI im Rahmen der WTO nun doch verwirklicht werden soll. (Anm. d. Red.)